

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 125.

Freitag, den 1. Juni 1923.

5. Jahrgang.

Die Schwerindustriellen bereiten einen Raubzug gegen das deutsche Volk vor!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der Versuch der Schwerindustrie und der ihr gefügigen Regierung, die Kapitulation vor dem französischen Imperialismus und die Ausplünderung der deutschen arbeitenden Massen durch die Stinnes und Krupp vorzubereiten durch die Proklamierung eines Ausstandes im Ruhrgebiet und durch seine blutige Niederwerfung, ist mißlungen. Die Kommunistische Partei, welche diesen schutigen Plan durchschaut hat, hat die Arbeitermassen gewarnt. Die Arbeitermassen sind den Warnungen der Partei gefolgt, sie haben mit muster-gültiger Disziplin ihren Lohnkampf durchgeführt. All die Plünderer vom Kommunisten-Aufstand, all die Plünderer von Verbrüderung der Kommunisten mit den Schergen des französischen Imperialismus sind jetzt flattert. Die bürgerliche Presse befindet sich auf dem Rückzug, die Hege gegen die Kommunisten ist abgestumpft, und das Stinnesblatt bemerkt schüchtern, daß es gar nicht des Streiks bedürft hätte, um die Lohn-erhöhung durchzusetzen. Die Industriellen be- willigen den Bergarbeitern, Metallarbeitern, Staats- und Gemeindefunktionären und sogar den Buchrüdern Lohn-erhöhungen von 32 bis 60 Prozent. Dies ist sehr wenig, denn die Preise sind seit Februar viel mehr gestiegen, aber jedenfalls ist es ein Sieg der streikenden Ar- beiterkraft. Sie haben durch ihre Solidarität, trotz der Sabotage der freien Gewerkschafts- führer, dem vertrusteten Kapital ihre Macht gezeigt. Und es mußte den Rückzug antreten.

Wir überschätzen diesen Sieg nicht. Wir wilsen, daß morgen eine neue Welle der Teu- rung den Lohn wieder hinter sich lassen wird, daß neue Anstrengungen notwendig sein werden, um das nackte Elend abzuwehren. Aber wir können trotzdem mit Zufriedenheit buchen, daß es der Arbeiterkraft gelungen ist, trotz- dem sie von der freien Gewerkschaften im Stich gelassen worden ist, ihren Willen unter der Leitung der Kommunistischen Partei durch- zuzusetzen. Wir buchen als große Errungen- schaft, daß es der Kommunistischen Partei gelungen ist, durch die Einsetzung ihrer Organi- sation, durch Kalibritigkeit und Wachsam- keit, durch rücksichtslosen Angriff gegen die Regierung, das durch dunkle Mächte vorbe- reitete Blutbad für das Ruhrgebiet zu verhü- bernen. Der Feind wollte die Massen schla- gen, bevor sie sich zusammengeslossen haben. Das ist vereitelt worden. Und wir können mit frischen Kräften, mit erhöhtem Mut in die neuen Kämpfe treten, die unserer harren.

Und es harren unserer große Kämpfe. Nicht nur wird die Teuerung automatisch steigen und so das Proletariat zwingen, von neuem sich zur Wehr zu setzen, sondern die Schwer- industrie hat der gesamten deutschen Arbeiter- klasse einen Handstreich hingeworfen, den wir hiermit aufnehmen. Die mit Kriegs-, Revolu- tions- und Aufbauprofiten gemähteten Eisen- und Kohlenbarone haben jetzt zur Reparations- frage ein Angebot gemacht, das eine freie Herausforderung der Arbeiterklasse ist. Sie bieten der Regierung Lumpige 200 Millionen Goldmark jährlich an und fordern dafür, daß ihnen die Reichs-Eisenbahnen und andere Reichsbetriebe ausgeliefert werden, daß der Achttundentag abgeschafft wird, daß die Prei- schraube rüftiger ansteigt, daß die Außenhan- delskontrolle aufgehoben, d. h. der Ausverkauf Deutschlands an das ausländische Kapital le- galisiert und garantiert wird. Sie fordern, daß alle Aelterste der schwächlichen Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat verschwinden, daß die Mieter den Hausagariern ausge- liefert werden.

Sie fordern Beamtenentlassun- gen, sie fordern, daß die Kriegsinvaliden auf die Straße geschmissen werden. Kurz und gut, sie fordern für 200 Millionen Goldmark jähr- lich die Haut der deutschen Arbeiter. Die hoch- übliche Cuno-Regierung, die den Ar- beitern mit dem Blutbad während des Ruhe- streiks gedroht hat, die sich an die französischen Generale gewandt hat mit der Bitte um So- laubnis, gegen die deutschen Arbeiter die Schupo loslassen zu können: dieselbe Regierung liegt vor den Schwerindustriellen auf dem Bauche. Sie hat die Herren vom Zentral- verband der deutschen Industrie, die ihr dies- ses Angebot gemacht haben, nicht die Treppe heruntergeworfen, sondern sie verhandelt mit ihnen friedlich und manierlich. Denn sie ist ihre Regierung. In der Kommission zur Untersuchung der Gründe des Marcksturzes hat der Präsident der Reichsbank, Herr Haben- stein, zugesehen müssen, daß der Sturz der Mark, d. h. die ungeheure Verteuerung aller Waren, in erster Linie verursacht worden ist durch die Habgier der Industriellen, die weit über den Bedarf der Industrie die fremden Valuten ankaufen und so auf den Sturz der Mark hinarbeiten. Diese Masgeiern hat die Regierung Milliarden über Milliarden zuge- schenkt. Und es ist klar, daß sie auch vor den neuen Forderungen der Schwerindustrie zu- rückweichen wird.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Das könnt Ihr nicht dulden. Die Regierung, die sich eine demokratische und re- publikanische nennt, glaubt, daß Ihr Euch wie eine Herde von Schafen abschlagen laßt. Ihr habt keinen Zutritt zu den Gemächern auf der Wilhelmstraße. Die Schupo würde Euch auf Grund des Banneinvergnüges sogar eine stumme Demonstration auf der Wilhelmstraße ver- bieten. Ihr müßt darum eure Stimme so er- heben, daß die Ebert, Cuno und Brüder sie von dem letzten Winkel Deutschlands, über die Kor- dune der Schupo und Reichswehr hinweg, er- schallen hören.

Tretet auf im ganzen Reiche zu Versamm- lungen und Demonstrationen. Sagt der Re- gierung, daß Ihr nicht dulden werdet, daß die Lage der Arbeiter weiter verschlechtert wird, daß die Stinnes und Krupp sich auf eure Kosten mästen. Dem Programm der Schwer- industrie stellt das Programm des Reichs- betriebsräte-Kongresses gegenüber, das besagt:

Maßregeln zur Sicherung der Existenz der arbeitenden Massen

Beförderung der arbeitenden Bevölkerung mit Lebensmitteln (vor allem Brot, Fett, Kar- toffeln und Kohle), Bedarfsgegenständen und Wohnungen zu herabgesetzten Preisen durch:

1. Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten, Verteilung der Lebensmittel und sonstigen unentbehrlichen Bedarfsgegenstände durch die Genossenschaften unter Kontrolle der Arbeiter. Beschlagnahme der Kurzwoch- ungen und aller nicht voll ausgenutzten Wohnräume und Zuweisung dieser Woh- nungen an Wohnungslose unter Kon- trolle der Mieterräte. Besetzung aller Geschäftsbestimmungen, die diese Maßregeln verhindern.
2. Zur Verhinderung der Abaufsabotage und Preissteigerung der Großgrundbesitzer und Großbauern: Kontrolle der Feldbestellung und Beschlagnahme des nicht bebauten, an- baufähigen Landes und dessen genossen- schaftliche Bewirtschaftung durch die Grund- arbeiter.

Maßregeln zur Abwälzung der Lasten des finanziellen Bankrotts und wirt- schaftlichen Zusammenbruchs

1. Zur Sicherung der Finanzen Erfassung der Sachwerte durch:
3. Beschlagnahme aller Wertien und strengstes Verbot des Wertienhandels, Beschlagnahme aller Auslandsguthaben, Beschlagnahme aller dynamischen Vermögen.
4. Staatlich zentrale Zusammenfassung aller Banken, Kontrolle aller Finanzoperationen durch Staatsorgane von oben und Parteigestellenteile von unten.
5. Vereinfachung und Vereinheitlichung des Steuersystems: Abschaffung aller indirekten Steuern. Alleinige Besteuerung des den Steuerbedarf übersteigenden Einkommens und Vermögens. Ersetzung der Steuern bei den Großproduzenten von Getreide, Kohle und Eisen auch in Naturalform, zur Sicherung der Lebensmittel- und Rohstoff- versorgung.
11. Zur Steigerung der Produktion:
6. Sicherung des Achttundentages und He- bung der Volksgesundheit.
7. Einführung der Produktionskontrolle durch Organe des Staates und Organe der Arbeiter- und Angestellten von unten zum Zweck der Organisation und Verein- heitlichung der Wirtschaft, technische Ver- besserung der Betriebe auf Kosten der Eigentümer und Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der wertstättigen Be- völkerung.
8. Aufhebung aller der aus Profitrücksichten veranfaßten Betriebsbeschränkungen und Konfiskation der eingeschrankten und still- gelegten Betriebe.
9. Zusammenfassung aller Erbkasse, Syndikate sowie der einzelnen Betriebe zu Produk- tionsgenossenschaften unter Aufhebung des Geschäftsführeramtess. Verschmelzung der Schlüsselanstalten und Leitung derselben im Interesse der Bedürfnisse der wertstät- tigen Bevölkerung.
10. Versorgung der Bevölkerung mit Lebens- mitteln und Rohstoffen aus dem Auslande durch den Staat unter Kontrolle der Ar- beiterkraft.
11. Kontrolle des gesamten Außenhandels durch Staats- und Arbeiterorgane bei Bewim- beteiligung des Staates und Verwendung der Devisaprosite zur Versorgung der Bevölkerung mit notwendiger Auslandsware.
12. Einführung der Arbeitspflicht für alle Ar- beitsfähigen von 18 bis 58 Jahren unter Arbeiterkontrolle.

Zur Lösung der Reparationsfrage

13. Prüfung aller privaten Finanz- und Sach- lieferungsabkommen. Annullierung aller kontraktlich festgesetzten Abkommen. Die Gewinne der übrigen werden zur Deckung der Reparationskosten mitver- wandt.
14. Beschlagnahme aller Auslandsguthaben und Verwendung zur Reparationsbede- ckung.
15. Engste Verbindung zum gemeinsamen Auf- bau der Wirtschaft und zum Kampfe ge- gen den Weltimperialismus mit Sowjet- rußland.
16. Gemeinamer Wiederaufbau der Wirt- schaft und Verwendung überschüssiger deut- scher Arbeitskräfte in Sowjetrußland zur Befreiung der Arbeitslosigkeit und Kur- arbeits in Deutschland.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Bestimmte kann dieses Programm nicht werden, ohne daß die kapitalistische Regierung gezwungen wird, zurückzutreten, ohne daß ihren Plan eine Regierung einnimmt, die durch die Ar- beiterorganisationen gebildet, sich auf die kampfs- entschlossene Arbeiterklasse zu stützen in stande sein wird. Nur die Arbeiterregierung kann die Arbeiterklasse bewaffnen gegen die Sturm- truppen des Kapitals. Nur die bewaffnete Arbeiterklasse kann die frech gewordenen Schwerindustriellen zwingen, darauf zu ver- zichten, aus der Not des Volkes Profite zu schla- gen. Außer der Cuno-Regierung und der Arbeiterregierung bleiben nur zwei Möglich- keiten übrig: die Große Koalition, d. h. eine Regierung von Breitscheid bis Stinnes oder die Wirth-Regierung, eine Koalition der So- zialdemokratie mit dem Zentrum und den Demo- kraten. Die Wirth-Regierung hat bewiesen, daß sie ohnmächtig dasitzt gegenüber den Stin- nes und Krupp. Die Große Koalition bedeu- tet die Spannung der Sozialdemokratie an den Wagen der Schwerindustrie. Will die Ar- beiterklasse sich ihrer Haut erwehren, so bleibt ihr nichts anderes übrig, als daß sie in ihrer Gesamtheit ohne Rücksicht auf die sie trennen- den Differenzen die Macht in die Hände nimmt, die Milliardär- Besteuer, sie nötig, die Kosten der Niederlage zu tragen, die sie selbst verur- sacht haben. Es ist die Pflicht der kom- munistischen Arbeiter, in diesen Tagen und Wochen alle Kräfte anzuspannen, um dieses Bemühen in die breitesten Massen der Ar- beiter zu tragen, um das Banner der Ar- beiterregierung Millionen und aber Millionen der Arbeiter zu sammeln und sie zum Kampf um die Arbeiterinteressen zu führen.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Kommunistische Partei Deutschlands nimmt den Kampf gegen die Hyänen des Krieges, gegen die deutsche Bourgeoisie auf, die das deutsche Volk an den Rand des Ver- derbens gebracht haben. Die Kommunistische Partei weiß, daß, indem sie diesen Kampf auf- nimmt, sie großen Verfolgungen entgegen- geht. Hunderte und aber Hunderte der Ver- trauensträuter der Kommunistischen Partei sind im Ruhrgebiet jetzt ins Gefängnis geworfen und mißhandelt worden. Die französischen Bour- geoisie erhört. Und wenn sie auch aus Angst vor der französischen Arbeiterklasse keinen Ein- zug der Schupo in großen, geschlossenen Ver- bänden zugelassen haben, so haben sie jedoch in kleineren Trupps die Schupoleute in die Bergarbeiterbetriebe hineingelassen. Die Schupo nimmt jetzt Rache an den kommunistischen Ver- trauensträutern, die den Kampf der Bergarbeiter geführt und ein Blutbad unter der Arbeiter- klasse unmöglich gemacht haben. Wir wissen, daß die Verfolgungen gegen unsere Partei sich verzehnfachen werden, und wir fordern die Arbeiter auf, sich wie eine Mauer um uns- lere Partei, die Partei der kämpfenden Prole- tariet zu stellen. Wir fordern sie auf, in den nächsten Tagen durch den mächtigen Aufmarsch von Millionen der Regierung, und nicht nur der Regierung, zu beweisen, daß der Eier- der Kapitalisten vom Proletariat eine Orange gesetzt wird, daß das Proletariat sich nicht begnügen wird mit der Abwendung der im drohenden Verschlechterung der Lage, sondern daß es kämpfen wird um die Arbeiterregie- rung, um die Erfassung der Sachwerte, um die Kontrolle der Produktion, um die Bewaffung des Prole- tariats.

Rieder mit dem Raubzug der Schwerin- dustriellen!
Es lebe die proletarische Einheitsfront!
Es lebe der Achttundentag!
Her mit der Erfassung der Sachwerte und der Kontrolle der Produktion!
Es lebe die Regierung der bewaffneten Ar- beiterklasse!
Es lebe das Bündnis mit Sowjetrußland!
Berlin, den 30. Mai 1923.
Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Der Aufmarsch der Arbeiterkraft

Berlin, 1. Juni.

Bestern trafen Delegationen aus den Großbetrieben, vorwiegend aus Nord- und Mitteldeutschland in Berlin ein und traten zu einer Arbeiterkonferenz im Reichstag zusammen. Delegationen aus Remscheid, Essen und Dortmund, also mitten aus dem Ruhrgebiet und aus den mitteldeutschen Industriezentren, Mansfeld, Aitzsch, Halle, sowie die Berliner Delegationen, vertraten zusammen etwa 120 Großbetriebe. Sämtliche Delegationen waren gebildet aus organisierten Betriebsräten, darunter 15 SPD, 10 USV, 21 Parteilose, 1 Demokrat und 71 Kommunisten.

Der USV leitete kategorisch jede Teilnahme an den Verhandlungen ab, die mit Vertretern der Reichsregierung und später mit Gebering gepflogen wurden.

Die Rätezeitung Berlin hat, daß bis zur Stunde 120.000 über 700 verwundete und mehr als 400 verhaftete Bergarbeiter das Ergebnis der tatsächlichen Provokation sind.

Gefordert wurde: Rücktransport der Reichswehr, Verbot der faschistischen Organisationen, Einstellung der Rogrombege gegen die kommunistische Partei, gerechte Lohnpolitik, Anerkennung der proletarischen Wanderschaften und der Kontrollausschüsse.

Gebering versprach, sich für die ersten vier Forderungen einzusetzen.

Die „Räterepublik“ im Ruhrgebiet

Nachdem die Breslauer „Volksmacht“ sich aufgelöst, über den Riesenkampf der Ruhrarbeiter fast ausgeschwiegen hat, bringt sie gestern einen Artikel aus Dortmund über den Streikabbruch. Der Leser sucht vergeblich eine Wertung der Ereignisse als das, was sie sind, der spontane Ausbruch der Massenbewegung die schamlosen Preissteigerungen und die abgelehnten Lohnforderungen. Nein, über zwei Eobalen bemüht sich dieser Strififaz, die „Schuld der Kommunisten“ herauszubestimmen ein Zusammenarbeiten zwischen Kommunisten und Franzosen zu instruieren. Als einzigen „Beweis“ führt der Schreiber folgendes an:

Am Dienstag abend fand in Höhe einer Streikversammlung statt, in der die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wurde. Ein führendes Mitglied der Kommunisten, Giesch, führte in dieser Versammlung aus, daß vor 14 Tagen in Dortmund im Rheinbundeshof in einer kommunistischen Funktionärerversammlung ein Redner namens Schreiber aus Berlin erkläre habe, daß er mit den Franzosen über ganz bestimmte Fragen verhandelt habe. Nach seinen weiteren Angaben hat ein französischer General an die SPD das Ansuchen gestellt, im Ruhrgebiet die Räterepublik anzuerkennen. Die kommunistischen Unterhändler sollten sich hiermit unter der Voraussetzung einverstanden erklärt haben, daß die Franzosen Maschinengewehre und Munition zur Verfügung stellen. An dieser Forderung sollen später die Verhandlungen mit den Franzosen gescheitert sein. Giesch wurde in der Versammlung drei Mal gefragt, ob das, was er sage, richtig sei. Er antwortete jedesmal: „Ja, das stimmt!“

Man überlege sich einmal, was aus dem „Beweismaterial“ hervorgeht. Daran geht hervor, daß die Kommunisten den französischen General, der das Ansuchen der Errichtung einer Räterepublik stellte, ausgelacht haben. Denn von den Franzosen zu verlangen, sie sollten die Waffen an die Ruhrarbeiter abliefern, ist eine glatte Bezeichnung des französischen Imperialismus. Die Arbeiter werden ihren Kampf gegen das deutsche Kapital nicht mit Hilfe Poincares führen können. Poincare ist mit Stünnes einzig, wenn es gilt, die Arbeiter nicht anzuschlagen. Kannst du das tapierst alte „Volksmacht“-Eigentum?

Die Streiklage im Ruhrgebiet

Dortmund, 1. Juni.

In Selsingen vollzog sich der Abbruch des Streiks in unruhiger Ordnung. Auch in Dortmund, Bohlen und anderen Orten brachen die Streikaktionen trotz der Provokationen der Bourgeoisie in aller Stillheit des Streiks ab.

In Hamburg ging der Streik weiter infolge der Spionageerschüsse, die durch Schüsse in eine Eisenbahnstation verübt wurden. Der Streik in der Metallindustrie dauert an. In Siversfeld sind die größten Eisenwerke in den Streik getreten.

In Sagen beschloß die Funktionärersammlung des Metallarbeiterverbandes den Streik.

Die Schläger Metallarbeiter erhielten 80 Prozent Zulage auf den April-Stundenlohn.

Die Arbeiter um die beiden Massen, Reichswehr, Einsatz, Aufbau, Mühlentanz. Auf Gut genug und in Besten Überzeugung.

Reichswehr nach dem Westen

Hannover, 30. Mai.

Bestern nachmittag sind zwei Schwadronen Kavallerie, selbstständig ausgerüstet und schwer bewaffnet, auf der Straße nach Wunstorf beobachtet worden.

Auf dem hiesigen Hauptbahnhof wurde gestern eine Formation der 13. Infanterieverbände und in der Richtung Westfalen abtransportiert. Heute morgen soll ein weiterer Zug der 13. Infanterie folgen.

Weiter wird uns mitgeteilt, daß im Laufe des gestrigen Tages sechs Transporte bayerischer Truppen durch Hannover nach dem Westen gefahren sind.

Heute morgen ist das hannoversche Infanterie-Regiment Nr. 18 nach dem Sammlager bei Paderborn (Westfalen) abtransportiert worden.

Neue Provokationen

Die bürgerliche Presse, der das bisher vergossene Arbeiterblut im Ruhrgebiet noch nicht genügt, verbreitet immer neue Lockspiegelungen. So berichtet die „Schlesische Zeitung“ von Vorbereitungen, auch in Rhein-Besess blutige Aufstände herbeizuführen. Es besteht der Befehl eines angeblichen Aktionsausschusses, wonach kommunistische Ortsgruppen auf ein gegebenes Signal Stoßtrupps auf Mainz in Marsch setzen. Die Ortsgruppen sollen gleichzeitig auf Ruhrsignal hin die in Betracht kommenden Gebäude besetzen, die Schutzmannschaften entwaffnen und die übrigen Straßen nach Mainz dirigieren. Diese Lockspiegelungen tragen den Stempel ihrer Herkunft aus den faschistischen Kriegespartei-Quartieren ebenfalls als Lügenbrandmal an der Stirn.

Die Wolfische Flottenliste muß sich demütigen

Wolfs Telegraphen-Büro sieht sich zu folgendem Dementi gezwungen:

Essen, 31. Mai.

Die Meldung, daß der Lebensmittelhändler Stafmann von zwei Kommunisten ermordet worden ist, (wie Wolf an alle Zeitungen telegraphiert hatte) hat sich nachträglich als unwahr herausgestellt. Es ist unzweifelhaft festzustellen, daß er in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend als Mitglied einer Patrouille erschossen worden ist.

Kommentar überflüssig!

Die Kolonialwarenhändler für höhere Arbeiterlöhne

Essen, 1. Juni.

Der Verband der Kolonialwarenhändler hat an die Reichsregierung ein Telegramm geschickt, worin dringend gebeten wird, über das geforderte Maß der minimalen Lohnerhöhungen hinauszugehen, da die hiesige Kaufmannschaft auf die Arbeiterkraft angewiesen sei und sie sonst nicht bestehen könnte.

Höllein unter Polizeiaufsicht

Paris, 30. Mai.

Entgegen anders lautenden Berichten muß festgestellt werden, daß Genosse Höllein sich noch immer nicht auf freiem Fuß befindet. Er wurde zwar aus dem Strafgefängnis entlassen, jedoch unter die Kontrolle der Polizei gestellt. Seinem Verteidiger wird jede Auskunft darüber, was mit ihm weiter geschehen soll, verweigert.

Es ist ein unehrerlicher Skandal, daß Herr Poincare, nachdem sich der Senat im Kommunistenprozeß incompetent erklärte, nach dem Gen Höllein und die mit ihm solidarische französische Arbeiterschaft seine Entlassung aus der Haft erzwang, noch immer nicht freigelassen und nach Deutschland abgeschoben wird. Auch darin dokumentiert sich bloß wieder einmal die Solidarität der französischen und deutschen Kapitalistenklassen. Genosse Höllein soll unter den niedrigsten Vorwänden durch untergeordnete Polizeibeamte weiterhin an der Betätigung als Aussenkämpfer in den Reihen der deutschen Arbeiterklasse gehindert werden.

Die Rabinettstriefe in Polen

Das Rabinett Sikorski ist mit einer Mehrheit von 29 Stimmen gegen 118 Stimmen gestürzt worden, nachdem sich die konservative Großbauernpartei Pitas zur Rechten geschlossen hat. Das Rabinett Sikorski, das nach dem nachgelassenen Dezemberpathe die Rechte und der Ernennung des Präsidenten Stankiewicz mit Unterstützung der beiden Bauernparteien, der Sozialisten und der nationalen Minderheiten zusammen gekommen war, schwand immer mehr und nicht ab, was ihm aber nicht die Unterstützung der Rechten brachte, sondern im Gegenteil, diese zu immer neuen Angriffen aufzunuterte. Die schwandende Reichsbürgerliche Regierung Sikorski muß nun einer neuen Regierung Platz machen, die sich aus die Großbauern, die Großgrundbesitzer und die Großbankgehalte stützt.

Unter der neuen Regierung wird Polen, mehr noch als bisher, ein Feld der internationalen Reaktion werden, eine ständige Bedrohung der Arbeiterklasse und des Friedens.

Erzählungsgesch. Die uns mitgeteilt wird, wurde im Hagenfeld ein Dampfer in Bremen in England gebanntes russisches Geld verpackt, das seiner ganzen Herstellung und Abführung nach offenbar zur Finanzierung neuer aufblühender wirtschaftlicher Unternehmungen in der Art Hagenfeld dienen soll. Auch hierdurch wird die von England heraufbesandene Kriegsgefahr für Europa durch vor aller Welt augenleuchtend. Des internationalen Proletariat muß auf alle Fälle gegen den neuen Versuch gewappnet sein!

Sollat über 70 000!

Der Verrat der Anilinpatrioten gerichtlich bestätigt!

Am 28. Mai stand vor dem Schöffengericht in Bremen der Genosse Danz als verantwortlicher Redakteur des „Südwestdeutschen Echo“ unter Anklage des Vergehens gegen das Republikanische Verfassungsgesetz, da diese Zeitung die deutsche Reichsregierung „verleumdet, beleidigt und herabgewürdigt“ habe. Der von der Staatsanwaltschaft beanstandete Artikel besaßte sich mit dem Hochverrat der Anilinpatrioten und schloß mit einem scharfen Angriff auf die Reichsregierung, die diesen Hochverrat stillschweigend dulde und sich dadurch mit schuldig mache. Dieser Prozeß wurde aber eine glänzende Rechtfertigung aller der Anklagen, die die kommunistische Reichstagsfraktion und die kommunistische Presse gegen das verbrecherische Treiben der großen Kapitalgruppen unter Führung der Reichsregierung erhoben hatten.

Der Genosse Danz hatte es abgelehnt, einen Anwalt zu seiner Rechtfertigung hinzuzuziehen und führte seine Rechtfertigung selbst. Als einziger Zeuge war der Reichstagsabgeordnete Reumale-Berlin erschienen, der die Anklagen gegen den Anilinpatrioten und gegen die Reichsregierung im Parlamente geführt hatte. Als Beweismaterial dienten die stenographischen Protokolle der Reichstagskathungen vom 16. Februar und vom 4. April 1923, die durch das Gericht eingehend erörtert wurden. Unter dem Druck der glänzenden Beweisführung für die erhobenen Anklagen, mußte selbst der Staatsanwalt die erhobenen Beschuldigungen als erwiesen anerkennen, und er beantragte, dem Angeklagten nur wegen formaler Beleidigung wegen des Ausdrucks „Regierungskatastrophen“, welchen Ausdruck der Angeklagte selbst auf die Regierung Suno gemünzt bezeichnete, in Geldstrafe von 60 000 Mark zu nehmen. Der Staatsanwalt gestand in seinem Plädoyer unumwunden, daß die Regierung nicht von dem „demokratischen“ Parlamente, sondern in der Hauptsache von der Gnade der großen Kräfte und Kartelle existiert und abhängig von diesen ist. Das Verhalten des Anilinpatrioten erachtete auch der Staatsanwalt als so ungeheuerlich und verbrecherisch, daß er die Berechtigung der erhobenen Anklagen anerkannte. Das Gericht kam zu dem Urteil, daß die Vertragsabschlüsse des Anilinpatrioten mit der französischen Regierung ein so ungeheuerlicher Verstoß gegen die Interessen des deutschen Volkes sei, daß dem Angeklagten Wahrung berechneter Interessen zugesprochen werden müsse. Die Schärfe des Tones in dem betreffenden Artikel sei durch aus gerechtfertigt in der nachsichtigen Behandlung der Angelegenheit durch die verantwortliche Regierung. Der Angeklagte habe aber die Hornworte gegen die gegenwärtige Regierung erhoben, die nicht verantwortlich sei, da der Vertragsabschluß unter den sozialdemokratischen Ministern im Jahre 1919 erfolgte. Inwiefern seien die erhabenen Anschuldigungen nicht berechtigt. Das Gericht kam aus diesen Gründen zur formalen Verurteilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 50 000 Mark.

Diese gerichtliche Feststellung des vollendeten Hochverrats der Anilinpatrioten unter stillschweigender Zustimmung einer deutschen Reichsregierung ist uns mehr als 50 000 Mark wert.

Degoutte und sein Gefangener Rutterbed

Der General Degoutte hat den Rutterbed, des Abenders des infamen Schreibens, das um die Erlaubnis ersuchte, die Ruhrarbeiter massenweise zu dürfen, einsperren lassen. Aber nicht wegen dieses infamen Schreibens — sondern weil Rutterbed gleichzeitig wegen der Erschießung Schlageters Protest eingeleitet hatte.

Die Generale Degoutte und Denvignes haben sich bereit, dem Flehen der deutschen Ziers nachzukommen. Denvignes hat zugelangt, daß deutsche Spionagetage im Ruhrgebiet an „gefährdete Punkte“ gelangt werden kann, wenn der Belagungscommandant des Belagertes mit des Bestimmungsortes ihre Zustimmung erteilen. Also keine generelle Erlaubnis — die deutschen Kolonialvögte sollen nicht zu übermütig werden — sondern eine Erlaubnis von Fall zu Fall, nach dem Mütter Dismarks, der Ziers die benötigten Gruppen zur Abschließung der Pariser Kommande auch nur teilweise abhandelt.

Neben dem Rutterbed hat sich nun der Oberbürgermeister von Sellenfischen an den Commandant der 24. Infanteriedivision in Reims an General Vaignelot um Hilfe gewandt. Und der General erbot das Flehen. Am Sonnabend abend „säuberten“ französische Truppen die Straßen von Banke. Sie referierten den deutschen Völlgüter Höllein. Am Sonntag patrouillierten französische Truppen gemeinsam mit der blauen Polizei die Straßen. „Karl“ hat den Eingeweihten seinen „Seit“ und wachte übergeben.

verhindert. In Wallenfeld erklärte der Ortscommandant, er würde bei Minderungs eingreifen, da dadurch auch die Sicherheit der französischen Truppen bedroht sei.

Wenn also Poincares Regierung, um die französischen Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, ostziös meiden läßt, sie sei „neutral“ gegenüber den Auseinandersetzungen im Ruhrgebiet, so ist das frecher Schwindel. Der General Degoutte und sein Gefangener Rutterbed, haben sich nicht verständigt können über die Erschießung Schlageters, über die Niederschlagung der Ruhrarbeiter haben sie verstanden: vor dem gemeinsamen Klasseninteresse gegenüber der Arbeiterklasse fallen die nationalen Schranken.

Das französische Proletariat wird mit seinen Degouttes, Denvignes u. a. die Sprache nicht reden wollen, die ihnen gebührt.

Der Rutterbed aber und die Rutterbeds gehören nicht in ein französisches Gefängnis (auf deutschem Boden), sondern an einen deutschen Galgen.

Die kommende deutsche Antwort

Berlin, 1. Juni.

Aus dem Inhalt der deutschen Rede, bereit Abendung 14 bis Anfang nächster Woche verzögert wird, wird bekannt:

Es wird ein Moratorium von 4 Jahren verlangt und eine Internation ale Armee zur Stabilisierung der Mark für diese Zeit. Es sind 36 Zahlungseinheiten von über 1/4 Milliarden Goldmark jährlich vorgeschrieben. Die Garantie dafür, die sehr ausführlich behandelt wird, soll getragen werden von 500 Millionen Goldmark durch die Einnahmen der Eisenbahn, 500 Millionen Goldmark durch Industrie, Landwirtschaft und Handel und der Rest durch Zölle, Alkohol- und Verlagsmonopol.

Kampf gegen den Zucker

Der deutschnationale „Tag“ schreibt: Eine geradezu katastrophale Preissteigerung ist jetzt bei den allerwichtigsten und unentbehrlichsten Nahrungsmitteln eingetreten. Amerikanisches und Brasilianisches Rindfleisch von 10 000, Margarine 6800 bis 9000 Mark, Suppenfleisch von 9000, 9000, (täglich) und 4 bis 5000 Mark), Schmalz 8800 bis 10 000 Mark, ein Ei 560 bis 580 Mark (in Wirklichkeit bereits 620 Mark). In weiteren Wochen ist eine Verteuerung von 68 bis 100 Prozent eingetreten. Kein der zur Preisüberwachung berufenen Amtsstellen für die gegen diesen Zucker ein, der die Not des Volkes aufs höchste steigert. Die Zustände schreien zum Himmel. Der Mangelzustand ist nahe daran, zu verheeren. Die Volksernährung und Gesundheit leidet in schmerzlicher Weise unter der dreifachen Ausnutzung der allgememen Notlage.

Der „Tag“ gibt anschließend auch gleich das Rezept an, wie dem abgeholfen ist. Er vertritt eine emphyse Verkauftbarkeit über die „wildem“ Kontrollausschüsse. Die meisten gegen die Kontrollausschüsse, die in Berlin, Essen, Dresden und anderen Städten mit Erfolg Lebensmittelkontrollen und Preisüberwachung vorgenommen haben, wird darin nur noch überboten von der schamlosen Frechheit, mit der diese Tätigkeit als Reservat der Bundespolizei bezeichnet wird. Das heißt Sanktionierung der jetzigen Zustände. Die amtliche Hebe, die nebenbei bemerkt der „Bourgeois“ kommentarlos mitmacht, hat auch schon ein Resultat gezeitigt: 7 Mitglieder des Moschier Kontrollausschusses in Berlin wurden verhaftet.

So sieht der Kampf der Regierung gegen den Zucker aus!

Das billige Getreide

Die allgemeine Steigerung aller Lebensmittelpreise läßt den Agrariern keine Ruhe. Sie mühen sich zu steigern, ob sie wollen oder nicht. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist dieser Ansicht, weil, wie sie sagt, jeder Landwirt in Interesse der Weiterführung seiner Wirtschaft bestrebt sein muß, wertvollere Objekte in seinem Besitz zu behalten. Da Roggen, wie die Agrarier vor vornberein als Selbstverständlichkeit annehmen, wertbeständig ist, d. h. dem jeweiligenollarstand entspricht, wird nur verkauft, wenn entsprechend hohe Preise geboten werden.

Die Steigerung war denn auch danach:

Weizen	15. 5.	81 000	Mark pro Tonne
	19. 5.	87 000	„ „ „
	22. 5.	96 000	„ „ „
	28. 5.	106 000	„ „ „

Nach den Empfehlungen der „Deutschen Tageszeitung“ kann man sich auf ein Steigen der Preisungsätze in den nächsten Tagen mindestens in dem bisherigen Maßrate gefaßt machen.

Erwerbslosen-Seminarationen in Banken

29. 5. 23. 31. Mai.

Bestern nachmittag kam es zu Sitzungs-Demonstrationen der Erwerbslosen, die wider Ulegenheit die Schließung des größten Teils der Kaffees, Restaurants und Hotels erzwingen wurde.

Ausweitung des Genossenschaftsgebiets aus Anhalt

Der russische rote Geiger Coermus wollte in den nächsten Tagen in mehreren Städten Anhalts Kongressabende veranstalten. Das anhaltische Staatsministerium rei nun nach dem Muster Geberings die Ausweitung des Genossenschaftsgebiets befürwortet. Das Baryon des anhaltischen Staatsministeriums bezieht auf neue die anhaltische Bewegung der anhaltischen Sozialdemokratie, die den anhaltischen Arbeiter in Anhalt ist.

wichtige Funktionärsitzung

Korrespondent: **Der Arbeiter**
Berlin. Jeder Funktionär hat un-
bedingt zu erscheinen. **Strafmaß**
die Disziplinierung

Aus Breslau

Stinnes Arm in Arm mit Scholem Sieg der Reaktion?

So betitelt die „Volkswacht“ ihr neuestes Werbeblatt. Ist das nicht zum Hellauf-
wachen? Die Parteigenossen jener Preisbo-
den im Sinne mit der Stinnespartei unsere
Parteigenossen aus dem Landtag herausforten,
wollen den Arbeitern weismachen, daß aus-
gerechnet Scholem arm in Arm mit Stinnes
geht. Weil wir den Arbeitern zeigten, daß
die „Volkswacht“ nicht mehr das Organ der
wirklichkeitsbewußten, sondern das Organ
der führenden Häuser des Großhandels ist,
deshalb soll eine Verbrüderung zwischen
Stinnes und Scholem stattgefunden haben.
Welter behauptet das Flugblatt, daß
die „Volkswacht“ nicht mehr das Organ der
wirklichkeitsbewußten, sondern das Organ
der führenden Häuser des Großhandels ist,
deshalb soll eine Verbrüderung zwischen
Stinnes und Scholem stattgefunden haben.

Diese alberne, kindische Behauptung von dem
Krebsgang unseres Blattes kann nur bei po-
litischen Kindern Glanzen finden, die aus
Furcht vor kommunistischer Infektion die „Schle-
sische Arbeiter-Zeitung“ in den letzten Mo-
naten nicht gesehen und gelesen haben. Die
anderen Arbeiter ohne Unterschied der Partei
wissen, daß unser Blatt seinen Umfang von
vier auf sechs Seiten erweitert hat, und daß
wir nachweislich täglich an Abonnenten ge-
winnen. Während die „Volkswacht“ in den
Bororten von Breslau so stark an Abonnenten
verliert, daß sie die Kolportage ausgeben und
zur Postbestellung zurückgehen muß, hat sich
die Abonnentenzahl der „Schlesischen Arbeiter-
Zeitung“ in den letzten Wochen an zahlreichen
Orten Schlesens um 50 bis 100 Prozent ver-
mehrt. Besonders stark ist die Zunahme unserer
Abonnenten während der sogenannten roten
Woche der Schwarz-rot-goldenen. In den
letzten Tagen haben wir in Koberwitz, Kreis
Weichau, 100 Prozent neue Abonnenten ge-
wonnen. Aus Breslau erhalten wir seit Be-
ginn der Blätteren Werbeboche der „Volkswacht“
täglich mehr als ein Duzend Neu-
abonnenten. Wir haben keinen lehnlicheren
Wunsch als den, daß die „Volkswacht“ ihre
Werbeboche verlängern möge, denn was das
S-Quadrat sonst an positiver Material ent-
hält, ist so mittelmäßig düftig, daß auch
der dümmste Arbeiter nicht darauf hereinfällt,
und den auf Abonnentenzug ausgehenden
Schwindel durchschaut. Wer lacht nicht bar-
bar, daß die Vertreter der Partei, die in
Breslau mit Stinnes koalieren, gegen den
Mitgliederrat Stinnes Entrüstung markieren! Die
Arbeiter wissen, daß die „Volkswacht“ drauf
und dran ist, diese Koalition zu erweitern
und auch im Reich eine Koalition von Streik-
mann bis Herrmann Müller zu schaffen.

Dur einen Satz in dem sozialdemokratischen
Machtwort wollten wir unterstreichen. Er lautet:
Werft die falschen Freunde der Arbeiter-
klasse, die Agenten des internationalen
Ausbeutertums die Zersetzer der Einheit
der Arbeiterklasse (die Stiefelkeder Streik-
manns) heraus.

Wiedel Sozialdemokraten hat Breslau? Herr Darf zählt 382

Wer es nicht glaubt, der lese die „Volkswacht“
Nr. 124. Herr Darf, der in jener Ver-
sammlung als Berichterstatter der „Volkswacht“
fungierte, hat es genau festgestellt. Es
sind in Breslau 31 wirkliche Kommunisten
und 382 wirkliche Sozialdemokraten vorhanden.
Die anderen sind Schreiber, die den „General“
lesen und dem bürgerlichen Breslauer Sozialis-
tensverein angehören. Dieses Armutzeugnis
hat die „Volkswacht“ der Breslauer Arbeiter-
bewegung in ihrer gestrigen Nummer ausge-
speit. Oder soll man annehmen, daß jener Ar-
tikel unter Einfluß der Gemütschwäche zu-
stande kam?

In jenem Artikel leistet sich die „Volkswacht“
ferner folgende Schandthat: Sie schreibt

„Moskau hat den Befehl zur Zugehörig-
keit in den Genossenschaften ausgegeben,
um diese für die kommunistische Partei
zu erobern und das angesammelte Ar-
beitervermögen in Altona verplempern“
zu können.“

Wir fordern die „Volkswacht“ hiermit auf,
daß diejenigen Kommunisten-Genossenschaften zu
benutzen, in denen die Kommunisten Arbeiter-
vermögen in Altona verplempern“ oder den
Versuch dazu unternommen haben. Kann die
„Volkswacht“ den Beweis hierfür nicht an-
treten, so werden wir behaupten, daß das Do-
gan der führenden Häuser des Großhandels

wieder einmal wider besseres Wissen die kom-
munistischen Arbeiter in schamloser Weise ver-
leumdet hat. Diese neue Schandthatung der
„Volkswacht“ reiht sich würdig der Seinerzeit
von der „Volkswacht“ ausgesprochenen Ver-
leumdung, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“
habe ihr Geld zum Ankauf ihres Grundstückes
von der Reaktion erhalten, an.

Im übrigen bestreiten wir nicht das Zähler-
talent des Herrn Darf. Wenn er keine auf
diesem Gebiet vorhandenen — und zwar nur
auf diesem Gebiet vorhandenen — Talente
weiter üben will, so empfehlen wir ihm doch
dafür zu sorgen, daß seine Partei, die aus
Angst vor den Arbeitervählern immer wieder
hinausgeschobenen Stadtverordnetenwahlen in
Breslau sofort stattfinden läßt.

Sein Kollege Oksinski in Hindenburg-
Zaborze Ob-Schles hat im vorigen Herbst
ebenfalls den unverzeihlichen Fehler begangen,
vor den Wahlen zählen zu wollen. Er viel
uns, weil er uns so gern hatte, doch die Kosten
für eine Wahl zu sparen und half für die
beliebten Kandidaten der BVP einzutreten.
Das Gesicht, daß der „Kollege“ am 19. No-
vember, als 33 000 kommunistische Stimmen fest-
gestellt wurden, soll so geistreich gewesen sein
wie das des talentvollen Zählens in Verma-
nung zu sein pflegt.

Wo bei Philippi, Herr Darf, zählen wir
weiter!

Ausbeutung schlimmster Art 32 000 M. Wochenlohn für einen Familienvater

Die Firma Oksinski, Drogerie und Apo-
thekereien, Graupenstr., zählt zu den schlimm-
sten Ausbeuterfirmen. Sie beschäftigt einen
51-jährigen Hausvater, der Vater von zwei
Kindern ist, und zahlte demselben sage und
schreibe 32 000 Mark Wochenlohn. Siervon
gingen noch die Beträge für Steuern und
Krankenkasse ab. Als der Hausvater insolge
dieses Hungerlohnes in Schulden geriet und
einen Vorkauf von 50 000 Mark nehmen mußte,
besaß Oksinski noch den Synismus, dem Haus-
vater zu sagen, seine Frau verfiere nicht das
Geld einzuteilen; sie habe zusehen, daß ein
Kauf gehen soll, erwiderte dieser edle Men-
schenfreund: „Ja, wenn es nicht anders geht,
dann muß schließlich das Brot auch trocken
geessen werden.“ Schließlich wurde der Haus-
vater, der zur Aushilfe und zur täglichen Rän-
digung angestellt war, entlassen. Der Vorkauf wur-
de ihm abgezogen. Heute steht der Mann ohne
einen Pfennig Geld auf der Straße. Oksinski
ist das natürlich höchst gleichgültig. „Was
kummert ihn Weib, was kummert ihn Kind,
laßt sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind.“
Struppellose Ausbeuter von Schläge Oksinski's
kehren sich nicht daran. Die Hauptfrage ist
ihnen, daß sie weiter groß verdienen.

Auch das andere Personal wird jämmerlich
bezahlt. Die jungen Leute erhalten monatlich
noch nicht einmal 6000 Mark.
Wir stellen diese ungeschönte schamlose Aus-
beutung der Arbeitskräfte hiermit öffentlich
an den Pranger und fordern die zuständigen
Organisationen auf, einmal in den Betrieb der
Firma Oksinski hineinzuleuchten.

Die Straßenbahnfahrkarten zum Preise von
1800 M. (für Kriegsverleste zum Preise von
800 M.) berechnen nur noch bis zum 2.
Juni zur Fahrt. Nicht ausgenutzte Kar-
ten werden bis zum 16. Juni 1923 in der
Kasse der städtischen Straßenbahn, Stein-
straße 21/73, werktags zwischen 8 und 2 Uhr
und im Verkehrsbus-Bereich während der Ge-
schäftsstunden zurückgekauft.

Zur Warnung für Friedhofsbesucher teilt der
Magistrat mit: In den Vorjahren sind von den
Grabstätten, von Grabhainen und aus den
Anlagen der städtischen Friedhöfe Blumen und
Pflanzenzweige von Unbefugten abgeklaut, sowie
Pflanzen und Kränze von den Gräbern ent-
wendet worden. Soweit gegen die Täter vor-
gegangen worden ist, sind diese wegen Dieb-
stahls gerichtlich bestraft worden. Indem wir
hierauf hinweisen, bitten wir zugleich alle
Friedhofsbesucher, uns bei der Ermittlung
solcher Diebstahle und der dabei beteiligten
Personen nach Möglichkeit zu unterstützen. Die
städtischen Aufsichtsbehörden sind angewiesen,
ohne Ausnahme die Feststellung der Person-
namen herbeizuführen und uns darüber zu ber-
richten.

Aus der Provinz

Herrnort u. R. Turnerfest. Am 23. u.
24. Juni begeht der Arbeiter-Lazarusverein sein
jehnjähriges Stiftungsfest. Das Fest wird im
großen Rahmen gefeiert, und sind Einladungen
an den ganzen Bezirk ergangen, und sollen diese
bis zum 1. Juni beantwortet werden. Zum Welt-
schmücken werden Teilnehmer aus dem ganzen
Bezirk herbeigeholt und dieser Kampf verspricht
sehr interessant zu werden. Eingeleitet wird das Fest
am Samstag durch einen Festkommers in Rynast,
früh 5 Uhr Beginn vom neugebildeten Trommler-
und Pfeiferchor des Lazarusverein. 6 1/2 Uhr Beginn
der Wettkämpfe, 11 1/2 Uhr Probe der Massenübun-
gen 1 Uhr auftreten zum Festzug. Solchen Gewin-

nung, Erwidlung des Nachmittags-Programms.
Daselbst wird später noch bekannt gemacht. Im
die Massen alle unterzubringen, ergeht an alle
Einwohner die Bitte, der Unterkunfts-Kommission
jedes verfügbare Quartier bereitzustellen, ebenso
wird das Ausschneiden des Brettes besonders der
Häuser aus Herz gelagt. Einzelne Anfragen sind
an den Haupt-Ausschuss zu richten.

Walzenburg. Nochmals der 1. Mai
in Walzenburg und die „Sauber-
Versammlung“ am 27. Mai in Alt-
wasser. Der sozialdemokratische Führer-
Mangel von hier, hat wie man im Volk-
munde spricht) wieder mal keine Stunde für
dieser Zustand der geistigen Annäherung, bei
dem man vieles tut und spricht, für das man
bei eingetretener Nüchternheit die Verantwor-
tung nicht übernehmen kann, dauert nun schon
verhältnismäßig lange! And zwar angefangen
an dem Tage des gewaltigen Massenmeetings
der KPD auf dem Ring in Walzenburg, über
den 1. Mai, bis heute. Seit diesem Tage
vergeht nicht eine, wo nicht bei der geringsten
Gelegenheit unsere braven Genossen aus den
einzelnen Ortsgruppen, für ihre Tätigkeit um
die Arbeiterklasse, in der kindlich-naïven,
dummstrebenden Weise, von einzelnen SPD- und
Gewerkschaftsführern in der Bergwacht, dem
Interessenorgan der Großhandelsmannschaft, per-
sönlich angepöbelt und heruntergerissen wer-
den!

An und für sich haben wir für ein derartiges
Gebahren eingebildeter und narzischer Verne-
gung nur ein mitleidiges Schiefes!

Wenn wir aber trotzdem einmal auf das
Beschreibsel reagieren, so deswegen, weil wir
im Interesse des Ansehens der Arbeiterklasse
verhindern wollen, daß uns Dinge unter-
schoben werden, die nur im Gehirn einzelner SPD-
Führer spuken, sonst aber von tausenden Mai-
demonstranten nicht wahrgenommen worden
sind.

In der Nr. 122 der Schles. Bergwacht vom
27. Mai wird unter der Überschrift „Drei
öffentliche Versammlungen“ in dem Bericht
über die Sauber-Versammlung in Altwasser,
von einem gewissen Schöbler, SPD-Mann,
von einem standalösen Vorgang bei
der diesjährigen Maifeier gesprochen. Und
an diesem standalösen Vorgang soll ich, der
Unterzeichnete Richard Schulz, durch Beschimpf-
ungen der KPD und Gewerkschaftsführer,
die Schuld tragen und mich empörend benom-
men haben.

Da man diesen Vorwurf gegen mich seit
dem 1. Mai schon mehrmals in Begleitung
kindlicher Beschimpfungen erhoben hat, will
ich, um bei späteren Gelegenheiten Komplika-
tionen aus dem Wege zu gehen, folgendes fest-
stellen, und werde darin von Genossen, die am
1. Mai von der SPD zur KPD übergetreten
sind, unterstützt.

1. Die Maidemonstration wurde vom Kartell,
arrangiert und trotzdem 40-45 Prozent der
Delegierten im Kartell Kommunisten sind,
sind indirekt bei der Frage der Redner um-
gegangen. Nur der Wachsamkeit der Genossen
 gelang es, zu erzwingen, daß die Selbstverständ-
lichkeit erfüllt wurde und wir auch einen Red-
ner stellen.

2. Kurz vor dem 1. Mai erschien in der Berg-
wacht vom Parteivorstand eine Bekannt-
machung, wonach im ganzen Bezirk bei un-
günstiger Witterung die geplante Demonstra-
tion ausfällt und an deren Stelle 13 öffentliche
Versammlungen stattfinden, wozu gleich alle
13 Redner bestimmt wurden. Mit einer Aus-
nahme alle von der SPD, ja sogar den durch
Beschluss des Mairettes von der Opposition
bestimmten Redner versuchte man dadurch
auszuschalten, ebenso im oberen Bezirk. Aber
das Welter hielt sich und auch dieser kampf-
hafte Versuch, die KPD völlig auszuschalten,
mißlang.

3. Durch diese Machinationen der SPD er-
bittert, befehlten unsere Genossen mit den
Sowjetfahnen am 1. Mai, die Platzverhältnisse
der Zuschauer dieses berücksichtigend, den zum
Sprechen unter freiem Himmel am besten ge-
eigneten Platz. Auch dieses wollte man uns
streitig machen von Seiten des B. L. Dreter.
Sobald auch dieses scheiterte an dem schnellen
Handeln unserer Genossen.

4. Die so in ihren Bemühungen, die KPD
an die Wand zu drücken, enttäuschte SPD,
konnte sich nur nicht anders helfen, als wie
am anderen Tage in der Bergwacht gegen
unsere Genossen, weil sie insgesamt für mehr
als ein Fünftel Million Zeitungen und Bro-
schüren den Arbeitern verkauft hätten (dabon
eine Ortsgruppe allein für 48 000 Mark), und
revolutionäre Lieber gefangen hatten, zu be-
schimpfen! Ich aber sollte das Karneval ab-
geben, denn ich hatte es gewagt, den Arbeitern
zu zeigen, daß 1. Mai nicht eine Politik auf-

zufassen, sondern als Kampftag. Und über
die Mittel und Wege gehet und lenkt. Und
ist doch nicht auf die Gewerkschaftsbürokratie
fordern auf die Kommunisten anzuwenden!

5. Ich erkläre, nicht zu wissen, weshalb die
die SPD-Führer geschimpft zu haben. Sollte
ihre Vermägen ich ihnen garnicht einbringen
bringen und von den 15 Minuten Redes-
zeit noch ihnen ein paar Minuten abnehmen
6. Wo kann von einem standalösen Vorgang
keine Rede sein. Im Gegenteil sind noch
am gleichen Tage Aufnahmen von der SPD zu
uns vorgeworfen worden, und die Arbeiter,
die meine Rede gehört haben, sollten über
das Gebahren der Bergwacht nur die Spindel
der SPD ist zu empfehlen, nur weiter zu
arbeiten und dann wird ihre Mitgliederbewim-
ber, wie und aus welcher Quelle bekannt ist,
in den einzelnen Ortsgruppen fest (so ist
die Hunderte, und im Reich über 100 000
in die Tausende geht, gewiß nicht aufhalten
werden, sondern im Gegenteil, das Jahr der
Inbifferanten noch vergrößern!

And alle unsere Parteigenossen, die von
Weißstein, Goitesberg, Altwasser etc. He
ber Dienstag-Nummer der Bergwacht mir so
kindlicher Weise heruntergerissen wurden, mö-
den darob ihre Anstrengungen, um die Fort-
setzung der Massen zu haben, mit verböhen
Richard Schulz, Dittschech,

**Die Ausbeutung der Heimat-
beiter.** Die Kapitalisten Oesterreicher und
Blau in Diebau haben, wie uns die Tatsachen
lehren, einen Pakt geschlossen, alle Rentner, In-
validen und gebrechliche Leute auf das sparsa-
mste auszubenten. Oesterreicher gibt an dem
Blau Perlen und letzterer gibt sie an arme
Leute zum Austreiben weiter. Der volle Lohn-
bedienstet bei andauerndem Arbeit nicht gerecht
auf eine Summe. Da die Perlen wahrhaftig
sich ins Ausland gehen, wird der Verlust das
Baluta entsprechend sein.

Wann wird das Proletariat sich endlich ein-
mal zur Befreiung dieses Ausbeutertums
aufrufen.

— Gegen die Falzisten. Die organisi-
erte Arbeiterschaft von Diebau hat zu dem
zu erwartenden Falzistenaufmarsch Stellung ge-
nommen und sich an die Parteien und Ge-
werkschaften gewandt. Um ein einheitliches
Handeln zu ermöglichen, nahm das Kartell
die Leitung in die Hand. Die Schulzen be-
sichtigten die Arbeiter zu probieren und
ihren schwarz-weiß-roten Fahnen zu demon-
strieren. Daraufhin wurden Kartell und Par-
teien beim Bürgermeister vorstellig. Der Herr
Bürgermeister glaubte, mit Versprechungen die
Sache abtun zu können, doch mußte er bald
erfahren, daß die gesamte Arbeiterschaft ge-
wärtig ist, auszumarschieren. Es wurde ein Vert
bot erlassen.

Es ist ein großer Skandal, daß die Schulzen
aus kommunalen Mitteln 42 000 Mark bewilligt
erhielten. Sie waren so dreist, 150 000 Mark
zu beantragen. Jedem Arbeiter muß es klar
sein, wenn er bei den nächsten Kommunalwahlen
seine Stimme zu geben hat.

Die Arbeitervertreter nahmen weiter Ste-
lung zu der Aufführung der „Fertwacht-
schlacht“ in Allersdorf. Es ist dies ein
nationales Schauspiel, zu dem Hunderte von
Teilnehmern gebraucht werden. Man will
sogar die nötigen Falzisten aus München her-
beiholen. Die Arbeiter, die unter der Ober-
beaufsichtigung und lichten Unbes unter der Ober-
aufsicht ungenehmigt zu leben haben, müßten
mit allen Mitteln dieser nationalen Kum-
mer zu verhindern suchen. Arbeiterfamilien
den, wenn sie vorstellig werden, daß ein Vor-
ger von seiner übermäßig großen Wonne
von 5 bis 8 Kindern nur einen kleinen Lohn
abtreten sollen, hart abgeben, aber die Zah-
listen sollen von den Spielern kräftig zu
genommen werden. Der Bürgermeister sollte
die Sache als ein Stück vaterländischer Kunst
hin. Wie verlautet, soll der Bürgermeister der
Regisseur dieser Kunst sein. Einer der Haupt-
macher ist auch der Kaufmann Jürgel. Er
ist einer von denen, die am meisten von den
Arbeiter losziehen und doch von Arbeiter-
kinderschaft leben.

Oberlangensleben. Aus der KPD-
gruppe. Die Arbeiter-Kinder von Diebau
sind die Arbeiter von ungenügender Bildung
treffenden Ausdruck haben die Arbeiter-
jugend wie Parteigenossen (innen) zu be-
genommen und vor sich zu haben. Eine
Gruppe gegründet, in welcher der Haupt-
Schauspieler und die Jugenderzieher (innen)
als Leiter gewählt wurden. Sonntag den 2.
Mai: Spielvermittlung bei Schiffs- und
Jura 60 Kinder und mehrere Frauen
(innen). Straßenden Augen waren in die
pünktlich zur Stelle um im Bereich mit
genügend ein paar frohe Stunden zu haben.
Heil Wie lauchten in die Welt haben
Kugeln, als die Polizei...

men! Die Kleinen und Kleinsten wurden nicht mitgebracht, sondern immer noch nicht genug Kleinen, trotzdem die Kleinen vor Erhaltung...
Kleiner, wir machen eine kleine Gruppe...
Nun ging es wieder weiter. Die Sonne, die bis dahin hinter hohen Wolkenschleier verdeckt lag, kommt wieder zu ihrem Recht und alles strahlt nach dem schönen Garten, wo es sich noch einmal so gut spielt. Es ist halbacht. Jugendliche und Knaben zum Ausbruch, doch die Kleinen wollen davon nichts wissen. Wenn wir aber jetzt nicht aufhören...
Lagt derselbe um acht Uhr dann fertig? Auf drüben...
Mittwoch Sonntag bei schönem Wetter Ausflug nach der Gernegroß-Alte...
Gute Freudenreise erkunden. Abschied! — Ach, wie weilt sich mein Herz, als ich sehen müsste, wie die Kleinen für das bische Lebensfreude waren!"

Aus der Partei An alle Ortsgruppen!

Zur Konferenz in Striegau sind die gesamten Postleitzettel für die Buchhandlung ausgefüllt mitzubringen. Die Buchhandlung.

Betrieb - Gewerkschaft

Die Arbeit der Reformisten im DAB.

Wir berichteten unlängst auf Grund eingehender Feststellungen, daß der DAB die durch seine Ruhrsammlung eingehenden Gelder nicht auszahlt. Die Leitung des Metallarbeiterverbandes will erst dann mit der Auszahlung der Ruhrgeelder beginnen, wenn nach der Rekrutierung der Arbeiterorganisation vor Poincaré die Unterhaltungen aus dem Ruhr- und Rhein-Fonds eingeleitet werden.

Die Arbeit des Metallarbeiterverbandes ist ein Beweis dafür, daß der dortige Teil des Leidensweges für das Ruhrproletariat erst nach der kapitalistischen Verständigung beginnt. Der Vorstand des DAB weiß so gut wie nichts nach der Verständigung der deutschen Schwerindustrie mit den französischen Eisenkongen die Arbeiterchaft im besetzten und unbesetzten Gebiet noch stärkere Ausbeutung, noch unerschütterten Wucher und größere Arbeitslosigkeit zu kosten bekommen wird.

Was aber tut die Leitung der größten Gewerkschaft unseres Landes, um selbständig oder im Verein mit dem AOB diese dem Proletariat drohenden Gefahren abzuwenden? Bisher ist keine einzige positive Maßnahme zu erkennen!

Wie der AOB, so schlenkert auch der Deutsche Metallarbeiterverband nach den Richtlinien der SPD-Politik dahin, er verweigert oder bekämpft sogar das Gebot der

Stunde, nämlich durch den Zusammenschluß aller Arbeiter die Situationsregierung durch eine Arbeiterorganisation zu ersetzen, von der die Kapitalistenlasten auf die Schultern der besthenden Klasse abgewälzt werden. Der Vorstand des DAB ist demnach mitschuldig, ja, sogar bewußt schuldig zu sprechen. Ein Gewerkschaft-Stehen in der gegenwärtigen höchsten Zeit ist ein Verbrechen am deutschen Proletariat.

Allerdings, der Vorstand des DAB kämpft — erbittert, strapellos. In der Bekämpfung der Kommunisten steht er an vorderster Stelle. Dieser Kampf nimmt seine Kräfte anscheinend voll in Anspruch. Bei der Einleitung von Ausschlußanträgen muß der Zweck jedes Mittel heiligen. So wurde von irgendeiner bunten Elite unser Genosse Hermann Krüger dem Vorstände denunziert, in einer im Dezember 1922 von der kommunistischen Metallarbeiterfraktion einberufenen Versammlung in Spandau referiert zu haben. Diese unwahre Behauptung genügte dem Vorstände, um ein Ausschlußverfahren zu fabrizieren. Genosse Krüger war ja nicht nur tätiges Mitglied der Metallarbeiter-Jugendkommission, sondern auch Kommunist, und Mitglied unserer Partei sind schließlich im Deutschen Metallarbeiterverband. Genosse Krüger war nachweislich weder Referent in der fraglichen Versammlung, noch war er überhaupt seit mehreren Jahren in Spandau. Gegen die Beweismittel unseres Genossen

war nicht aufzukommen. Der Vorstand des DAB mußte den Rückzug antreten.

Der Vorgang charakterisiert die Vorstandstätigkeit. Die ihm in die Hand gegebenen Machtmittel werden weniger gegen das Unternehmertum, als gegen die Kommunisten der Organisation angewendet. Wir stellen fest: der Vorstand tut nicht das geringste, was über die hartnackige SPD-Politik hinausgeht, um eine weiteren Verschärfung der Positionen der Arbeiter, dem beabsichtigten Ruin des Ruhrlandtages und dem Abbau der Sozialgesetzgebung entgegenzuwirken. Fleißig baut er Ausschließungsverfahren gegen kommunistische Verbandsmitglieder nach lügenhaften Berichten ohne gewissenhafte Nachprüfung der objektiven Richtigkeit. Nichts unternimmt er gegen die aus politischen Gründen erfolgten Maßnahmen der 14 kommunistischen Verbände. Der Vorstand des DAB untergräbt durch diese Politik die Einheit und Schlagkraft der Organisation.

Wer es auch immer sein mag: Mitglieder oder Instanzen, die die Schlagkraft und Einheit des Verbandes gegen das Unternehmertum gefährden, müssen von der Mitgliedschaft zum Teufel gejagt werden.

Zahlstellen-Versammlung des DAB in Altwaasser

Bericht über die Lohnverhandlungen

Im Mittelpunkt der Zahlstellenversammlung am 27. Mai standen die Lohnverhandlungen. Es zeigte sich ganz klar und deutlich, daß die wachsende Not und der Selbsthaltungstrieb die Arbeiter nötigt, zum Kampf gegen das Kapital aufzurufen. Die Not fragt nicht danach, ob ein Arbeiter SPD- oder KPD-Mitglied ist, sondern zwingt alle Arbeiter unterschiedslos zum Kampf. Es ist kein Zufall, daß in diesem Moment SPD-Kameraden genau so radikal sind, als unsere Genossen, ja, daß einige SPD-Kameraden sogar noch viel schärfere Forderungen aufstellen, als diese berichtigten kommunistischen Preisdrescher.

Zu Punkt 1, Bericht über die Lohnverhandlungen, war kein Referent erschienen. Die Opposition stellte daher den Antrag, daß Genosse F. ein Referat über das Thema: „Der neue Kurs und die Gewerkschaften“ halten sollte. Der Antrag wurde, ein Zeichen für die Kampfesstimmung, ohne Abstimmung angenommen. Der Leiter der Versammlung war hieron nicht sehr erbaunt und versuchte mehrmals, den Vortrag zu unterbinden. Erst auf den wiederholten Hinweis der Opposition, daß ein Vortrag auf der Tagesordnung steht, erteilte der Vorsitzende dem Genossen F. das Wort. Derselbe behandelte eingangs seines Vortrages den Verfall der gesamten Weltwirtschaft, zeigte den

Anwesenden an Beispielen, wie die kapitalistischen Produktionsweise zu befristigen. Aber auch die großen Konzerne sind nicht in der Lage, den Verfall der kapitalistischen Wirtschaft aufzuhalten. Die Kapitalisten sind nicht imstande, die Wirtschaft wieder aufzubauen.

Der sogenannte Aufbau führt in Wirklichkeit zu immer größerer Verkümmung der Wirtschaftskräfte. Trotzdem beachten es die Gewerkschaftsleiter, fertig 1918 mit den Unternehmern eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, unter deren Bestehen, wie es vorauszuhehen war, die Lebensbedingungen der Arbeiter sich mehr und mehr verschlechterten. Der Reallohn ist immer tiefer gedrückt worden, der Profit der Kapitalisten dagegen ist gewaltig in die Höhe gegangen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müßten dies erkennen und den Austritt der freien Gewerkschaften aus den Arbeitsgemeinschaften fordern. Um den Kampf um die Besserstellung der Arbeiter zu führen, muß an die Schaffung von Industrieverbänden herangegangen werden. Unser Genosse schloß seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen mit einem Appell an die Arbeiter, in den freien Gewerkschaften zu bleiben und die noch fernstehenden Kollegen für dieselben zu gewinnen.

Den Lohnbericht gab Genosse G. Er zeigte in seinen Ausführungen, daß es auch diesmal den Unternehmern gelungen ist, aus der Lohnerhöhung ein Geschäft für ihren Beutel zu machen.

Der belgische Eisenbahnerstreik

Die Lage im Eisenbahnerstreik und bei den Postanstalten scheint sich wiederum zu verschlimmern. Zahlreiche Güte mußten teils aus Mangel an Heizmaterial und anderen Materialen, teils als direkte Folge des Streiks ausfallen. Auf manchen Eisenbahnlinien ist die Lage sogar außerordentlich ernst. Die noch verfügbaren Maschinen weigern sich, die von den Streikenden verlassenen Güte zu bedienen. Die Angestellten, die nicht arbeiten wollen, sind sofort entlassen worden.

An unsere Leser!

Infolge verzögerter Lieferung von Zeitungspapier durch die Papierfabrik sind wir nicht in der Lage, regelmäßig 8seitig zu erscheinen. Es fehlt uns an schmalen Papierrollen, die zwar längst bestellt, aber bis heute — wahrscheinlich wegen der zu erwartend gewesenen Papierpreiserhöhung — nicht angeliefert wurden. Aus dem Grunde müssen wir abwechselnd vier- und achtseitig erscheinen, bis der Liebelland behoben ist.

Der Verlag.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Arin Dombranski, für den Interentell: Max Bischer, Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Gewerkschaft für die Provinz Schlesia e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Reichs-Arbeiter-Sport-Lage (Kast)

vom 2. bis 6. Juni 1923

Sportliche Veranstaltungen:

Sonnabend abend: Fadelzug vom Schloßplatz über Ring nach dem Gewerkschaftshaus. — Sonntag vormittag: Wassersport zwischen Ohlemündung und Holteiböhe. — Sonntag nachmittag: Sportliche Veranstaltungen auf der Radrennbahn. — Montag abend: Wassersport an der Maurinsbrücke. — Dienstag abend: Hallensport in den Turnhallen Kreuzstraße, Brodauer Straße, Reichstraße, Liegnitzer Straße; Turnen in den Turnhallen Waterloostraße, Fürstenstraße; Athletische Vorführungen. — Mittwoch abend: Fußball- und Handball-Wettspiele im Eichepark; im Gewerkschaftshaus: Schachwettspiele. — Näheres im gedruckten Programm und in der Arbeiterpresse.

Vollständige Eintrittspreise! Auf der Radrennbahn: Sitzplatz 1000 Mk., Stehplatz 500 Mk.; Kinder: Sitzplatz 500 Mk., Stehplatz 200 Mk. An allen übrigen Tagen Eintritt frei!

Verkaufsstellen für Eintrittskarten zur Radrennbahn, Programme und Abzeichen.

Vollmacht-Buchhandlung, Gewerkschaftshaus (Stehbierhalle); Fahrradhaus „Fisch auf“, Nikolaistraße 42; Zigarrengeschäft Julius Hübnor, Matthiasstraße 100; Lager des Konsumvereins „Vormars“, Striegauer Platz, Lamenzienstraße, Schwesefeldstraße, Neumarkt sowie bei allen Mitgliedern der Arbeiter-Sportvereine und Hermann Land, Breslau 6, Anderßenstraße 42.

Arbeiter-Partei für Sport und Körperpflege.

Versammlungs-Kalender.

Alle Zettel unter jeder Rubrik kostet 50 Mark.

- KPD** Bezirksleitung: Sime u. Puffe, Bredow, Zerkowitzer Str. 50, Tel. Ring 6977, Bureau: Nr. 10, Puffe, Breslau, Zerkowitzer Str. 50.
- Revolutionäre Arbeiter-Organisation** Sonntag, den 3. Juni, abend 7 Uhr, im Hotel „Eiche“...- Revolutionäre Arbeiter-Organisation** Sonntag, den 3. Juni, abend 7 Uhr, im Hotel „Eiche“...- Revolutionäre Arbeiter-Organisation** Sonntag, den 3. Juni, abend 7 Uhr, im Hotel „Eiche“...- Revolutionäre Arbeiter-Organisation** Sonntag, den 3. Juni, abend 7 Uhr, im Hotel „Eiche“...- Revolutionäre Arbeiter-Organisation** Sonntag, den 3. Juni, abend 7 Uhr, im Hotel „Eiche“...

KKG Revolutionäre Arbeiter-Organisation. Sonntag, den 3. Juni, abend 7 Uhr, im Hotel „Eiche“...
Revolutionäre Arbeiter-Organisation Sonntag, den 3. Juni, abend 7 Uhr, im Hotel „Eiche“...
Revolutionäre Arbeiter-Organisation Sonntag, den 3. Juni, abend 7 Uhr, im Hotel „Eiche“...

Gewerkschaften

Revolutionäre Arbeiter-Organisation Sonntag, den 3. Juni, abend 7 Uhr, im Hotel „Eiche“...
Revolutionäre Arbeiter-Organisation Sonntag, den 3. Juni, abend 7 Uhr, im Hotel „Eiche“...
Revolutionäre Arbeiter-Organisation Sonntag, den 3. Juni, abend 7 Uhr, im Hotel „Eiche“...

Andere Organisationen

Revolutionäre Arbeiter-Organisation Sonntag, den 3. Juni, abend 7 Uhr, im Hotel „Eiche“...
Revolutionäre Arbeiter-Organisation Sonntag, den 3. Juni, abend 7 Uhr, im Hotel „Eiche“...
Revolutionäre Arbeiter-Organisation Sonntag, den 3. Juni, abend 7 Uhr, im Hotel „Eiche“...

Nachruf!

Am 28. Mai, abends 7 Uhr, verschied an der Proletarier-Krantheit unsere treue Kampferin, die Genossin
Frau Berta Müller
Wir werden sie in unseren Reihen in steter Erinnerung bewahren.
Ortsgruppe Schmiedeburg i. Hgb. der R.P.D.

KAUFHAUS

W. LESCHZINER
Nikolaistraße 22 **GLEIWITZ OS.** Nikolaistraße 22
Allergroßtes Geschäfts-Haus für **MANUFAKTUREN**
Spezial-Abteilung: Herrenkonfektion, Schawaren, Wäsche.

Sohlenleder-Ausschnitt

in allen Größen u. Stärken preiswert
Gebr. Tischler
Lederhandlung
Mühlstraße 4
Filiale: Sandstraße 11.

Kaufe

Gold-Silber-Platin-Bruch
Zahngelbisse
Uhren zu höchsten Tagespreisen
E. Beyer
Bücherstraße 15
Achtung!
Bei Frau Genosin Mohr werden Radräder billig verkauft.
Berlinerstraße 56
Erl. r. 1. 61g.

WALTER & CO. GLEIWITZ
West- u. Ost-Oberschlesiens größtes Bekleidungs-Spezialhaus
der Herren- und Knaben-Bekleidungs-Industrie